



## **Wolfartsweierer Liberaler Brief Nr. 52 • Dezember 2018**

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

unser Stadtteil Wolfartsweier ist ein friedliches Stück Welt, und hier kann man gut und gerne leben, auch wenn der immer noch nicht genügend eingehegte Lärm von den Autobahnen bei Süd- und Westwind nervt. Speziellen Lärm gibt es im Zündhütte-Gebiet, wenn die Straßenbahn an der Endhaltestelle in der Wendeschleife quietscht, aber da kann der KVV immer mal wieder problemlos Abhilfe schaffen.

Als Teil der prosperierenden Stadt Karlsruhe werden wir natürlich auch von deren Problemen berührt. Es wird z. B. dringend Baugelände benötigt, um den wachsenden Wohnungsbedarf decken zu können. Wir sind davon betroffen, weil der Abriss des evangelischen Gemeindezentrums zwar Bauplatz für neue Wohnungen liefern würde, aber ein für unseren Stadtteil markantes Gebäude ginge verloren. Wofür soll man sich entscheiden?

Eine Entscheidung fallen muss auch beim „Digitalpakt“ für die Modernisierung des Schulunterrichts. Weges des Geldes und der Zuständigkeit für die Bildung ist er zwischen Bund und Ländern zurzeit heftig umstritten.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein schönes friedliches Weihnachtsfest und alles Gute im neuen Jahr 2019,

Herzlichst Ihr

*Wolfgang Zwirner*

## Wer stoppt den Abriss des evangelischen Gemeindezentrums?

Offenbar nicht mehr viel mitzureden haben die Wolfartsweierer, was mit dem evangelischen Gemeindezentrum an der Heubergstraße geschehen sollt, denn das Sagen darüber hat die Stadtkirchengemeinde Karlsruhe. Aufgrund einer langfristigen Finanzplanung hat man errechnet, dass das Gemeindezentrum viel zu groß für die immer kleiner werdende Wolfartsweierer Kirchengemeinde ist. Zwar beleben verschiedene Gruppen wie Pfadfinder, Senioren, Kirchenchor, Musikunterricht, Mosaik usw. unter der Woche fast alle Räume, jedoch stehen nach dem Quadratmeter-Schlüssel nur maximal 2/3 des Gebäudes den Gemeinemitgliedern zu. Deshalb ist vorgesehen, dass die ehemalige Trauerhalle auf dem alten Friedhof zu einem kleinen Gemeindezentrum umgebaut wird. Alle Gruppen müssten dann mit dem kleineren Raumprogramm zurechtkommen. Schon reklamieren die Pfadfinder, dass dort eine sinnvolle Arbeit für vier Gruppen kaum möglich ist.

Hätte sich nicht auch eine andere Lösung angeboten? Eine, die ein Plus für alle Bergdörfer bedeuten würde? Im erhaltenswerten Gemeindezentrum und auf dem großen Gelände wäre z. B. Platz für ein Bergdörfer-Zentrum mit einem modernen Jugendzentrum, regionalen Pfarrbüros mit Servicestellen und auch einer Wohnbebauung. Fläche für eine bauliche Ergänzung wäre ja vorhanden. Nun soll aber doch das Gemeindezentrum samt Gelände und Pfarrhaus an die Stadt Karlsruhe verkauft werden, die dringend Flächen für Wohnungen sucht. Dann werden wohl die Abrissbagger anrollen und Platz für eine Wohnbebauung machen. Bürgerinnen und Bürger erwarten dies mit Betroffenheit, denn sowohl der Bau als auch die Erweiterung mit dem Jugendraum sind durch ihre erheblichen Spenden erst ermöglicht worden.



Jedoch auch beim Verkauf an die Stadt gibt es Alternativen, das ästhetisch qualitätsvolle Gebäude zu erhalten. Es wäre durchaus möglich, die Ortsverwaltung dahin anzusiedeln und mit geringen Umbaukosten ein ebenerdiges behindertengerechtes Bürgerzentrum zu gestalten, dessen Besprechungsräume, Büros, der Saal für Trauungen usw. sich auf einer Fläche befänden. Dadurch könnte der vorgesehene aufwendige Umbau des jetzigen Rathauses mit Fahrstuhl usw. unterbleiben, und es könnten stattdessen Wohnungen eingebaut werden. Und auf dem Gelände des Gemeindezentrums wäre auch noch genügend Platz für weiteren Wohnungsbau.

Noch ist nicht unterschrieben, ob das Gemeindezentrum an die Stadt bzw. die Volkswohnung verkauft wird; also sind noch viele Alternativen offen. Als „Solitärgebäude“ in unserem Ort sollte es auf jeden Fall nicht abgerissen werden. Wie denken Sie über die Zukunft des evangelischen Gemeindezentrums in Wolfartsweier – schreiben Sie uns auf [https://www.facebook.com/fdpwolfartsweier/!](https://www.facebook.com/fdpwolfartsweier/)

Jürgen Morlock

## **Föderalismus – Zentralismus – Diktatur – aber: Geld vom Bund?**

*Geld ist ein Argument und oft nicht einmal das schlechteste – Werner Mitsch, Aphoristiker.*

*Ja, Geld wirkt immer, selbst bei Menschen, die darauf hereingefallen sind!*

Digitalisierung kostet! – Schüler sollen in der Schule mit Computern versorgt werden. Da Computer "Personal" sind, also zu gleicher Zeit immer nur einer damit üben und lernen oder auch im Internet googeln, surfen, posten kann, ist die Anschaffung für die Schulen teuer. Der Bund soll daher für eine angemessene digitale Ausstattung der Schulen zahlen. Da aber unser Grundgesetz Art. 91a unter „gemeinschaftliche Aufgaben“ von Bund und Ländern eine Kooperation im Schulwesen nicht vorsieht, müsste das Grundgesetz geändert oder mindestens ergänzt werden. Alle Parteien außer der AfD haben im Bundestag am 28. November 2018 einer solchen Änderung zugestimmt.

Inzwischen haben aber die Regierungschefs der Länder entschieden, die vom Bundestag beschlossene Änderung des Grundgesetzes abzulehnen, da sie die Kulturhoheit der Länder aushebeln könnte. Denn die Erfahrung lehrt: Wer zahlt, hat meist das Sagen. Das war schon im Dritten Reich so. Deshalb gaben die Väter und Mütter unseres Grundgesetzes dem Föderalismus in Deutschland einen hohen Stellenwert. Heute glaubt man jedoch, sicher vor Missbräuchen zu sein. Nur: Was geschieht, wenn der Bund „kooperativ“ als Geldgeber den Ländern auch den Inhalt der Lehrpläne und die Art der Didaktik vorschreiben könnte? Daher ist zu überlegen: Kann die beabsichtigte Digitalisierung auch stattfinden, ohne dass in die Kulturhoheit der Länder eingegriffen wird? Über die Verteilung der Kosten zwischen Bund und Ländern muss es aber in jedem Fall Vereinbarungen geben.

Die „Digitalisierung“ von Grundschulern, wie es heute neudeutsch heißt, wird für den Bildungsstandort Deutschland positiv eingestuft. Obwohl die Kinder bis zu zehn Jahren heute schon mit einem Smartphone in der eigenen Hand aufwachsen und künftig in der Schule zu den Lerninhalten digital kommunizieren sollen, kennt noch niemand die Spätfolgen dieser „kindlichen Technisierung“. Werden das Bildungsniveau die Fähigkeiten, selbst zu denken, zu schreiben und mit Verstand zu lesen, durch die Digitalisierung in den Schulen gefördert oder verkümmern sie eher? Die Schulen bemühen sich kaum oder gar nicht, Erfahrungswerte zu analysieren, auch leider nicht darum, was anderswo in der Welt erprobt und erkannt wird. Wer schaut schon gern über den Tellerrand, ob es draußen andere vielleicht besser wissen?

Meine Enkelin erlebte 2013 in China, wo sie ein Schuljahr verbrachte, dass jeder Schüler dort einen PC bediente. Doch diese „Bildungschance“ wurde in China später wieder rückgängig gemacht: keine PCs mehr im Unterricht! Chinas Bildungspolitikern stellten fest, wahrscheinlich auf Geheiß der allmächtigen kommunistischen Partei (ein Schelm, wer sich etwas dabei denkt!), dass die Kinder „verblöden“ – jedenfalls nicht zu selbst denkenden, selbst handelnden, erfinderischen Geschöpfen heranwachsen. Auch wenn man nichts generalisieren sollte, nachdenken sollten wir schon und unsere Kinder beobachten. Vielleicht erübrigt sich dann auch eine nicht unproblematische Grundgesetzänderung.

Leider scheint wahr zu sein, was der Dalai Lama lakonisch feststellte: „*Aus der Geschichte lernt man nichts, außer dass man aus der Geschichte nichts lernt*“.

Elga Roellecke

# Solidaritätszuschlag abschaffen – ohne Wenn & Aber

Seit Mitte November liegt bei Kanzlerin Merkel das Jahresgutachten der fünf Wirtschaftsweisen auf dem Schreibtisch, 468 Seiten voller gewissenhaft erarbeiteter Erkenntnisse. Ein wichtiger Punkt darin: Der Solidaritätszuschlag soll komplett wegfallen.

Der Bundestag wird in nächster Zeit jedoch nicht über den vorliegenden Antrag zur Abschaffung des Soli abstimmen. Der Finanzausschuss vertagte bereits zum vierten Mal mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD die abschließende Behandlung. Die Fraktionen der GroKo erklärten, sie hätten noch Beratungsbedarf.

Zwar will Kanzlerin Angela Merkel den Soli offenbar weit stärker senken als im Koalitionsvertrag vereinbart. Auf dem CDU-Parteitag hat sie einen Freibetrag vorgeschlagen, der auch Spitzenverdiener entlasten soll. Für die Freien Demokraten ist Merkels Soli-Vorstoß reine Augenwischerei. „Der Soli muss komplett und für alle entfallen“, sagt Christian Lindner. Der FDP-Chef kündigte an, zur Not werde die FDP den Weg zum Gericht nach Karlsruhe antreten, „um uns dort auf verfassungsrechtlichem Weg gegen den Soli zu wehren“. Die Bürger müssen endlich entlastet werden.

Die Abschaffung des Solidaritätszuschlags ist eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit. Der Soli wurde eingeführt, um den Solidarpakt für den Aufbau Ost zu finanzieren. Bereits seit 2011 fließt weniger Geld in den Aufbau Ost als durch den Soli eingenommen wird. Ende 2019 läuft der Solidarpakt aus. Dann ist die Erhebung des Solis nicht mehr zu rechtfertigen. Deshalb muss der Solidaritätszuschlag ab 2020 komplett wegfallen. So sieht das auch die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der Union.

Für die FDP gelte nach wie vor, so Lindner: Wenn der Zweck einer Abgabe entfallen sei, müsse auch die Abgabe entfallen. „Das ist sowohl eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit als auch eine verfassungsrechtliche Frage“, sagt Lindner.

*portal liberal - jm*

## Gemeinderatswahl 2019

Zur Gemeinderatswahl am 26. Mai 2019, verbunden mit der Wahl zum Europäischen Parlament, kandidieren auf der FDP-Liste für den Wahlvorschlag vier FDP-Mitglieder aus Wolfartsweier. Auf Platz 10 der Liste steht die Master-Studentin der Wirtschaftspsychologie Lara Sophie Ziegler, 22, am Wahltag dann bereits 23. Weitere Listenplätze belegen Markus Ziegler, Jürgen Morlock und Dr. Wolfgang Zwirner. wz



**Vorsitzender und Redaktion:**

**Dr. Wolfgang Zwirner**

Vorbergstraße 3

76228 Karlsruhe

[wolfgang\\_zwirner@arcor.de](mailto:wolfgang_zwirner@arcor.de)

Tel.: 0721 - 40 75 68

**FDP-Ortsverband Wolfartsweier im Internet:**

<https://www.fdp-wolfartsweier.de/>

 <https://www.facebook.com/fdpwolfartsweier/>